

# Gutachten soll Mord an Rachat Alijew beweisen

Eine vom Verteidiger des ehemaligen kasachischen Botschafters in Auftrag gegebene Expertise soll beweisen, dass sich der 52-Jährige im Gefängnis nicht selbst getötet hat. Stattdessen sollen ihn mindestens zwei Personen ermordet haben. Wie, bleibt unklar.

Michael Möseneder

Wien – Fest steht, dass am 24. Februar 2015 die Leiche des kasachischen Exbotschafters Rachat Alijew in der Justizanstalt Wien-Josefstadt gefunden wurde: in der Duschzelle seiner Einzelzelle mit einer Mullbinde um den Hals an den Armaturen hängend.

Nach zwei gerichtsmedizinischen Gutachten, einem in Wien, dem zweiten in Sankt Gallen, stand für die Experten fest: Alijew hat sich kurz vor Beginn seines Prozesses um den Mord an zwei Bankmanagern in Kasachstan selbst erhängt. Ein Befund, dem nun ein im Auftrag von Alijews Verteidiger Manfred Ainedter verfasstes Privatgutachten eines deutschen Mediziners widerspricht.

Bernd Brinkmann kommt in seiner Expertise zu dem Schluss, dass der damals 52 Jahre alte Alijew ermordet worden sei. Demnach sei er nicht durch Erhängen gestorben, sondern durch das sogenannte Burking. Dabei wird der Brustkorb des Opfers stark zusammengepresst – beispielsweise indem man auf dem Brustkorb kniet –, und gleichzeitig werden Mund und Nase zugehalten, sodass der Erstickenstod eintritt.

Brinkmann schließt dies aus Flecken unterhalb der Strangmarke am Hals, die seiner Aussage

zufolge „lehrbuchmäßig“ für diese Tötungsart seien. Dazu komme die blau-violette Färbung des Gesichts, auch würde die Strangulationsmarke im Genick zeigen, dass es kein Erhängen sein könne. Der deutsche Mediziner geht davon aus, dass es mindestens zwei Täter geben müsse.

Allerdings: Gesehen hat der 77-jährige Koherausgeber des *Handbuchs der gerichtlichen Medizin* die Leiche nie, er kommt – ein dreiviertel Jahre später – nur anhand von Fotos und früheren Befunden zu diesem Schluss.

Warum die Wiener und Schweizer Pathologen dies nicht erkannt haben? Den Wienern wirft er de facto Schlampigkeit vor, sie hätten eine vorgefasste Meinung gehabt und die falschen Schlüsse gezogen. Die Schweizer wiederum hätten neun Tage später die bereits obduzierte Leiche bekommen, aber nicht die Fotos dazu.

Stimmt dieser neue Befund, muss es in der Justizanstalt Josefstadt eine großangelegte Verschwörung unter den Beamten geben. Egal, ob Personal, Mithäftlinge oder ins Gefängnis geschleuste externe Personen die Mörder sein sollen – es muss massive Manipulationen gegeben haben.

Wie ein Lokalausgangsschein des STANDARD kurz nach dem Tod Alijews ergeben hat, müssten zu-



Am 24. Februar 2015 starb der kasachische Ex-Botschafter Rachat Alijew hinter dieser Zellentür in der Justizanstalt Josefstadt. Der deutsche Gutachter Bernd Brinkmann (Bild) ist überzeugt: Es war Mord.

Fotos: APA / Helmut Fohringer, AP / Alistair Grant

nächst die Videoaufnahmen des Ganges gelöscht worden sein. Das wiederum können nur die Direktion und Personalvertreter machen. Den Alarm, der beim nächtlichen Öffnen einer Zellentür losgeht, müsste der Wachhabende im Stockwerk ignoriert haben. Er selbst kann nicht aufgesperrt haben – in der Nacht sind die Schlüssel bei zwei Beamten in einem an-

deren Stockwerk, die nur gemeinsam aktiv werden dürfen.

Fragt man Verteidiger Ainedter, ob er die Justizwachebeamten beschuldigt, gibt er keine konkrete Antwort. Er bezeichnet die Angelegenheit nur als „aufklärungsbedürftig“. Er habe das Gutachten an die Staatsanwaltschaft übermittelt, die den Schweizer Gutachter um eine Ergänzung gebeten hat.

## CHRONOLOGIE

### Die Causa Alijew

- **2002–2005** Rachat Alijew (Foto), Schwiegersohn von Kasachstans Präsident Nursarbayew, als Botschafter in Wien.
- **Jänner 2007** Zwei Manager der kasachischen Nurbank (Haupteigentümer Alijew) verschwinden.
- **Februar 2007** Alijew erneuert Botschafter in Wien.
- **Mai 2007** Absetzung als Botschafter, Kasachstan erlässt Haftbefehl und will Auslieferung (Österreich lehnt ab).
- **Juni 2007** Alijew vorübergehend in U-Haft in Wien.
- **Jänner 2008** Alijew in Abwesenheit in Kasachstan zu 20 Jahren Haft verurteilt.
- **Mai 2011** Vermisste Manager werden auf ehemaligem Firmengelände Alijews tot aufgefunden.
- **November 2013** Alijew wird österreichischer Fremdenpass entzogen.
- **Juni 2014** Alijew am Wiener Flughafen festgenommen.
- **Dezember 2014** Mordanklage gegen Alijew (nach Heirat Shoraz) und zwei weitere Verdächtige in Österreich.
- **24. Februar 2015** Alijew wird mit Mullbinden erhängt in Zelle aufgefunden. Am gleichen Tag hätte der 52-Jährige gegen zwei Mithäftlinge aussagen sollen, die ihn erpresst und ihn mit dem Tod bedroht haben sollen. Gerichtsgutachten bestätigen Suizid.
- **Juli 2015** Ein Mitangeklagter Alijews wird freigesprochen, der andere zu zwei Jahren teilbedingt verurteilt (inzwischen rechtskräftig).
- **Dezember 2016** Privatgutachten: Alijew starb „durch fremde Hand“. (simo)

Archivbild: Reuters/Zhumatov



## KURZ GEMELDET

### SALZBURG

#### Land untersagt Ausbau der Mönchsberggarage

Salzburg – Die Salzburger Landesregierung untersagt den geplanten Ausbau der Altstadtgarage unter dem Salzburger Mönchsberg um 654 auf rund 1950 Stellplätze. Wie die zuständige Landesrätin Astrid Rössler (Grüne) dem STANDARD sagte, sei die im Gegenzug angebotene Reduktion von 55 Oberflächenparkplätzen in der Innenstadt einfach zu wenig. Eine erwartete Zunahme des Verkehrsaufkommens sei ein „gravierender Widerspruch“ zum räumlichen Entwicklungskonzept. (red)

### ÖBERÖSTERREICH

#### Lex Luchs soll Strafen für Jäger verschärfen

Linz – In Oberösterreich kann Jägern künftig bei bestimmten Vergehen die Jagdkarte für bis zu sieben statt bisher drei Jahre entzogen werden. Diese Forderung war nach Luchs-Abschüssen im Umland des Nationalparks Kalkalpen laut geworden. Die entsprechende Novelle, die Donnerstag durch den Landtag gehen soll, soll Weidmänner aber auch vor allzu hohen Klagsforderungen von Grundeigentümern bei der Wildschadensregulierung schützen. (APA)



Oberösterreich will Luchse besser schützen.  
Foto: dpa/Pleul

## Österreicher sehen Zusammenhalt bedroht

Befragung: Kluft zwischen Arm und Reich wurde größer – Mehrheit für Vermögensteuer

Wien – „Die Schere zwischen Arm und Reich ist immer weiter auseinandergegangen.“ Fast neun von zehn Österreichern stimmen dieser Aussage laut einer repräsentativen Befragung zu. Mehr als acht von zehn Befragten sehen in der wachsenden Ungleichheit eine Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Das zeigt das „20. Sozialbarometer“ der Volkshilfe, wofür das Sora-Institut im Oktober 1052 Face-to-Face-Interviews geführt hat. 86 Prozent glauben laut der repräsentativen Befragung auch, dass steigende Armut und Arbeitslosigkeit das Vertrauen in die Demokratie senken. „Ungleichheit manifestiert sich nicht nur bei den Ärmsten, sondern ist schädlich für die gesamte Gesellschaft“, sagte Volkshilfe-Bundesgeschäftsführer Erich Fenninger am Montag bei Präsentation der Ergebnisse. Es herrsche die Ideologie vor, jeder könne alles schaffen, wenn er sich genug anstrengt, „doch das ist falsch“.

Mehr als acht von zehn Befragten sind laut dem Sozialbarometer der Meinung, dass es in der Verantwortung des Staates liege, die Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern. Das tue der Staat – „noch“, wie Fenninger sagt. 44 Prozent der Bevölkerung in Österreich wären ohne Sozialleistungen armutsgefährdet. Aktuell sind es 14 Prozent – immerhin noch 1.178.000 Menschen.

70 Prozent der Befragten sprachen sich für Steuern von einem Prozent auf Vermögen über 500.000 Euro aus – eine Forderung der Volkshilfe, die auch für Erbschafts- und Schenkungssteuern eintritt. Kürzungen der Mindestsicherung sollten zudem zurückgenommen beziehungsweise gar nicht vorgenommen werden, so Fenninger. Bei der Debatte über dieses „Instrument zur Bekämpfung

und Vermeidung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ sei es stark um Flüchtlinge als Bezieher gegangen, Kürzungen träfen nun aber vor allem Kinder.

### „Heißestes“ Problem Wohnen

In einer von der Wirtschaftsuniversität Wien und der Armutskonferenz am Montag veröffentlichten Studie zur Armutsbekämpfung im Auftrag des Sozialministeriums zeigt sich, dass Wohnen „von den brennenden Themen das derzeit heißeste“ sei, wie es in einer Aussendung hieß. Mietpreise seien in urbanen Regionen „derart in die Höhe geschossen“, dass Armutsbetroffene „kaum noch leistbaren Wohnraum finden“, berichteten die Studienautorinnen Evelyn Dawid und Karin Heitzmann vom Institut für Sozialpolitik der WU.

Die Folge sei ein Anstieg bei prekären Wohnverhältnissen. Manche Armutsbetroffene würden in Räumen ohne Fenster und Strom leben. Aus Notunterkünften würden zunehmend Dauerwohnstätten. Von Wohnungslosigkeit besonders betroffen seien Personen mit Migrationshintergrund – wegen Vorurteilen von Vermietern.

In der Armutsbekämpfung engagierte Organisationen würden zudem immer mehr „Klienten mit psychischen Problemen oder Krankheiten betreuen als noch vor zehn Jahren“, wie Martin Schenk von der Armutskonferenz mitteilte. (spr) i

## Langes Schweigen über Faschismus

Publikation über NS-Zeit in Österreichs Schulbüchern

Graz/Salzburg – Schon in Gesprächen mit den eigenen Eltern und Großeltern sei „immer wieder das Thema der NS-Zeit in unseren Schulbüchern aufgetaucht“, erzählt der 1987 geborene Historiker und AHS-Lehrer Robert Krotzer dem STANDARD.

Der schlampige Umgang mit diesem Teil österreichischer Geschichte fiel dem in Braunau geborenen Krotzer, der für die KPÖ im Grazer Gemeinderat sitzt, also schon früh auf.

Aus dieser Beobachtung folgte später die wissenschaftliche Auseinandersetzung, die nun in Buchform (Verlag des KZ-Verbandes / Verband der AntifaschistInnen) vorliegt.

30 Schulbücher hat Krotzer für *Langes Schweigen – Der NS-Fa-*

*schismus in österreichischen Schulbüchern* untersucht. Das erste stammt aus dem Jahr 1953. Unter die Lupe nahm Krotzer dabei, wie Aufstieg des Faschismus, NS-Ideologie und Shoah, aber auch antifaschistischer Widerstand dargestellt wurden – so sie überhaupt vorkamen.

„Erst mit Anfang der 1990er-Jahre, also in den Jahren nach der Waldheim-Debatte 1986, sind die Schulbücher dann merklich besser geworden“, sagt Krotzer, der hofft, dass sein Buch ein Beitrag zum „kritischen Blick“ der Jugend auf die Vergangenheit sein wird, damit Schüler auch wachsamer bezüglich der Gefahren der Zukunft werden. Am Dienstag um 19 Uhr wird das Buch an der Uni Salzburg im Hörsaal 389 präsentiert. (cms)